

Sehr geehrte Damen und Herren der Elterninitiative,

wir freuen uns, dass Sie auf uns zugekommen sind, um zu erfahren wie wir Grüne in Osthofen Ihre Anliegen unterstützen wollen.

Am 02.05.2019 um 19.00 Uhr wird im Hotel Schwan eine Veranstaltung mit Daniel Köbler MdL (fachpolitischer Sprecher für Familie, Bildung, frühkindliche Bildung und Inklusion der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen) stattfinden, zu der wir Sie besonders einladen wollen.

Auch geben wir Ihnen gerne einen Einblick in die Ziele der Grünen, an denen wir uns auch in unserer Arbeit vor Ort und bei Entscheidungen in Gremien orientieren wollen:

Kinder und Familie

Wir GRÜNE stehen für eine moderne Familienpolitik, die von einem vielfältigen Familienbegriff ausgeht und niemanden ausgrenzt. Wir orientieren uns in unserer Politik am individuellen Bedarf der verschiedenen Familien. Mit möglichst flexiblen Angeboten verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen, dass jedes Kind gute Startbedingungen und ein gutes Aufwachsen hat, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern oder der Herkunft. Kinderarmut werden wir nicht hinnehmen. Denn Armut führt zu Ausgrenzung und verhindert gesellschaftliche Teilhabe. Die Bekämpfung von Kinderarmut ist uns daher ein zentrales Anliegen.

- Wir werden gemeinsam mit den relevanten Akteur*innen die Angebote vor Ort auf ihre Familienfreundlichkeit untersuchen.
- Wir unterstützen den Aufbau lokaler Netzwerke, insbesondere den Einsatz von Familienhebammen und Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger*innen in Familien und Geburtskliniken.
- Außerdem fördern wir ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Kontext Früher Hilfen.
- Wir werden Orte der Begegnung vor Ort für Familien wie Familienzentren, Häuser der Familie und Lokale Bündnisse für Familie unterstützen und aufbauen.
- Angebote zur Unterstützung von Familien wie Ehe-, Familien und Lebensberatungsstellen und Elternkurse wollen wir absichern und unterstützen.
- Wir setzen uns dafür ein, die Vereinbarkeit ehrenamtlicher Tätigkeiten mit beruflichen und familiären Aufgaben zu verbessern, beispielsweise durch eine familienfreundliche Gestaltung von Sitzungen und Gremien in der Gemeinde ein.

Jugend

Jugendliche sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Wir wollen Jugendlichen die gleichberechtigte Teilhabe an den sozialen, ökonomischen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft ermöglichen. Um das Recht junger Menschen auf Mitsprache zu stärken wollen wir, dass Jugendliche ab 16 Jahren auf allen Ebenen wählen dürfen – nur so bekommen sie wirklich eine Stimme.

Mit der Jugendstrategie "JES! Jung. Eigenständig. Stark" unterstützt die Landesregierung eine gute Jugendpolitik vor Ort. Davon wollen wir vor Ort profitieren. Denn wir brauchen Jugendliche, die ihr Leben selbst gestalten und über ihre Zukunft mitbestimmen können. Ob bei der Infrastruktur, im Umweltschutz, auf dem Arbeitsmarkt, beim Schuldenabbau oder beim Einsatz für eine friedlichere Welt – gerade wenn es um

die Gestaltung unserer Zukunft geht, kommt es besonders darauf an, dass junge Menschen sich einbringen können. Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, daher müssen die Belange junger Menschen überall mitgedacht werden.

Statt über angebliche Politikverdrossenheit zu klagen, ist es unser erklärtes Ziel, Jugendlichen Verantwortung direkt zu übertragen und beispielsweise kommunale Beteiligungsprojekte oder Schüler*innenvertretungen zu fördern.

- Wir setzen uns vor Ort für Räume für Jugendliche ein, im besten Fall durch selbstverwaltete Jugendzentren.
- Wir schaffen Angebote der mobilen Jugendarbeit, um junge Menschen auch jenseits der Zentren im ländlichen Raum zu erreichen.
- Wir unterstützen die Einrichtung einer kommunalen Jugendvertretung. Wir wollen, dass Beschlüsse aus den Jugendvertretungen auf die Tagesordnung des Rats kommen und daraus auch etwas folgt. Und nur mit einem eigenen Budget lernen die Jugendlichen auch, Verantwortung zu übernehmen – das gilt zu Hause genauso wie in Jugendvertretungen.

Bildung

GRÜNE Bildungspolitik steht für Bildungsgerechtigkeit. Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, dass alle Schüler*innen, ob mit oder ohne Behinderung, unabhängig von ihrer Herkunft, Religionszugehörigkeit, sexuellen Orientierung oder der Einkommensstärke ihrer Eltern die gleichen Chancen für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an unserer Gesellschaft bekommen. Viele Familien sind auf das Einkommen aus zwei Vollzeitbeschäftigungen angewiesen, um den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder bestreiten zu können. Die Politik ist aus unserer Sicht deshalb dazu verpflichtet, den Ausbau der Ganztagschulen und der Kindertagesstätten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf auszubauen, bei dem die Kinder neben einer gesunden Ernährung von pädagogischen Angeboten in den Nachmittagsstunden profitieren. Wir wollen in Kindertagesstätten möglichst lange Öffnungszeiten ermöglichen, eine gute Betreuung und gutes Essen sicherstellen und die Plätze entlang einer Bedarfsplanung bedarfsgerecht ausbauen. Wir GRÜNE stehen für eine gebührenfreie Bildung von Anfang an.

- Wir werden ein bedarfsgerechtes Ganztags-Angebot für alle Kinder ab dem 1. Lebensjahr schaffen.
- Wir wollen die Ganztagsangebote an Schulen weiter ausbauen und Ganztagsklassen einrichten, bei denen Unterricht, Erholungsphasen, selbständiges Lernen und Bewegung über den ganzen Tag verteilt sind.
- Wo die Eltern dies wünschen, setzen wir uns für eine weitere Integrierte Gesamtschule vor Ort ein.
- Unsere engagierten und guten Lehrkräfte sind aufgrund von sehr heterogenen Klassenstrukturen in besonderem Maße pädagogisch gefordert, um alle Schüler*innen optimal zu fördern. Schulsozialarbeiter*innen sind unverzichtbare Bindeglieder zwischen schulischen Anforderungen und den individuellen Bedürfnissen der Schüler*innen. Wir setzen uns deshalb für den bedarfsgerechten Ausbau von Schulsozialarbeit an allen Schulen ein, die einen Bedarf anmelden.